

IHK Hannover: Auftakt 2010

Rede von IHK-Präsident Dr. Hannes Rehm

Es gilt das gesprochene Wort! Sperrfrist: 11.01.2010, 11:00 Uhr

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren
Minister, Staatssekretäre und Abgeordnete, Herr Regionspräsident und Herr
Oberbürgermeister, meine Damen und Herren Landräte und Bürgermeister,
Präsidenten, Mitglieder des Konsularischen Korps, liebe Mitglieder der IHK,
meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie im Namen von
Präsidium, Vollversammlung und Geschäftsführung der Industrie- und
Handelskammer Hannover ganz herzlich zu unserer Auftakt-Veranstaltung.
Ich wünsche Ihnen für das neue Jahr 2010, dass wir die positive
Entwicklung der letzten Monate fortsetzen können, die Wirtschaftskrise bald
vollständig überwinden und die richtigen Konsequenzen aus der Finanzkrise
ziehen werden.

Eine ganz besondere Freude ist es, Herrn Ministerpräsident Christian Wulff
und unseren Festredner, Herrn Professor Otmar Issing, zu begrüßen.

Herr Professor Issing ist Präsident des Center for Financial Studies an der
Goethe Universität Frankfurt. Von 1998 bis 2006 war er Direktoriums-
mitglied der Europäischen Zentralbank und deren Chefvolkswirt. Im Oktober
2008 wurde Professor Issing von der Bundesregierung mit der Leitung der
Expertengruppe zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine neue Finanz-
marktordnung betraut. Lieber Herr Issing, wir sind gespannt auf Ihren
Vortrag.

Einen besonderen Gruß möchte ich an unseren Wirtschaftsminister Jörg Bode richten. Vor zwei Monaten haben Sie dieses Amt übernommen. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen. Und wir freuen uns ebenso darauf, das konstruktive Miteinander mit Ihrem Haus fortzusetzen. Ihrem Vorgänger, Herrn Minister Dr. Philipp Rösler, wünschen wir bei seiner neuen Aufgabe eine glückliche Hand und viel Erfolg.

Meine Damen und Herren,

die Entwicklung auf den Finanzmärkten im Herbst 2008 hat die Wirtschaft in eine Vertrauenskrise gestürzt und damit ins Wanken gebracht. Die Weltwirtschaft sackte in dramatischer Weise synchron zu diesen finanzwirtschaftlichen Verwerfungen ab.

Die IHK Hannover hatte mit ihren Konjunkturumfragen den Einbruch in der Realwirtschaft ab Oktober 2008 frühzeitig diagnostiziert. Unser Vorteil dabei war, dass wir sehr nahe an den Unternehmen sind. Wir haben deshalb ebenso frühzeitig im Frühjahr 2009 auf die sich abzeichnende Erholung hingewiesen. Was wir seither erleben, ist eine Aufwärtsentwicklung, die sich viel dynamischer vollzieht, als viele das Mitte 2009 noch glaubten.

Die Unternehmen haben mit einer erstaunlichen Anpassungsfähigkeit auf die Krise reagiert. Nur wenige Beobachter hatten damit gerechnet und stattdessen düstere, und zu pessimistische Arbeitsplatz- und Konjunkturprognosen gestellt.

Die Wachstumsprognosen für dieses Jahr bewegen sich unter Einschluss des sogenannten Überhangeffekts aus 2009 um 1,5 Prozent. Die IHK hatte sich auf mindestens zwei Prozent Wachstum für Niedersachsen festgelegt.

Der Anstieg wird weniger steil sein als der Absturz, er verläuft aber nach wie vor nicht zaghaft, sondern deutlich nach oben.

Ganz besonders erfreulich ist, dass die Beschäftigungslage seit Beginn der Krise robust geblieben ist. Zu dem vielfach erwarteten starken Beschäftigungseinbruch ist es im Herbst glücklicherweise nicht gekommen, und wir erwarten ihn angesichts der konjunkturellen Erholung jetzt auch nicht mehr. Im Vergleich zu anderen Ländern wie etwa den USA oder anderen EU-Staaten blieb unser Beschäftigungsniveau im vergangenen Jahr auf relativ hohem Niveau. Damit war der private Konsum im Jahr 2009 stabil. Das hat die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestützt. Weil die Unternehmen ihre Beschäftigten hielten, wurden allerdings Produktivität und Lohnstückkosten und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit in Mitleidenschaft gezogen. Dieser Nachteil muss im Aufschwung wieder wettgemacht und sollte nicht durch überhöhte Lohnforderungen belastet werden.

Entscheidend dafür, dass die Belegschaften in den Unternehmen gehalten werden konnten, waren nicht nur die verbesserten Möglichkeiten der Kurzarbeit. In der frühen Phase war es vielmehr die Nutzung flexibler Instrumente, insbesondere der Zeitarbeit und der Arbeitszeitkonten, die als Puffer diente. Das zeigt, wie wichtig diese flexiblen Arbeitsmarktinstrumente gerade in der Rezession sind. Die unbestritten wichtige und vom Staat flankierte Kurzarbeit kam erst im nächsten Schritt zum Zuge. Sie ist für die Sozialversicherungssysteme teuer, sie erspart diesen aber auch Einnahmeausfälle aufgrund von Arbeitslosigkeit und Belastungen aufgrund kostspieliger Wiedereingliederungsmaßnahmen.

Meine Damen und Herren,

die Frage, vor der wir jetzt stehen, lautet: Wie können wir die seit dem Frühjahr deutlich spürbaren Wachstumskräfte stärken und stabilisieren?

Eine zentrale Rolle spielt die Kreditversorgung. Unternehmen sind in der Phase der Erholung dringend auf Kredite angewiesen, um die wieder anlaufenden Geschäfte zu finanzieren.

Noch im vergangenen Sommer ergab unsere Konjunkturumfrage, dass nur bei wenigen Unternehmen Kredite tatsächlich nicht verlängert oder abgelehnt wurden. Aber fast jedes vierte Unternehmen klagte bereits damals über verschlechterte Kreditkonditionen, also erhöhte Zinsen, höhere Anforderungen an Sicherheiten oder Dokumentationspflichten. Seit einigen Monaten spüren wir, dass in Folge der deutlich verbesserten Erwartungen die Kreditnachfrage anzieht. Wir müssen befürchten, dass ein verteuerter Zugang zu Krediten die weitere Erholung gefährden kann.

Die Situation auf den Kreditmärkten ist zurzeit vielschichtig. Die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe sollte man nicht generell in Zweifel ziehen. Allerdings hat die Finanzkrise die Banken in ihren Möglichkeiten, Kredite zu vergeben, deutlich eingeschränkt. Gleichzeitig verschlechtern sich die Bilanzen der Unternehmen und damit deren Rating. Dies bedeutet höhere Eigenkapitalunterlegung und damit auch Anhebung der Konditionen, die diese zusätzliche Kapitalbeanspruchung reflektieren. Das alles wirkt in die gleiche Richtung und kann durchaus zu einer weiteren Kreditverknappung führen. Auch haben manche Unternehmen mit durchaus guter Bonität nur deshalb größere Probleme bei der Kreditaufnahme, weil ihre Branche insgesamt als problematisch gilt. Andere Unternehmen wiederum fühlen sich ungerecht behandelt, verkennen aber, dass sie ihre Hausaufgaben bei

Planung und Steuerung noch nicht erledigt haben und Banken deshalb zu einer höheren Risikoeinschätzung kommen müssen. Es gibt echte Engpässe bei den Waren- und Exportkreditversicherungen, weil im Zuge der Krise auch die Ratings für viele Länder nach unten gestuft wurden. Auch bei Projektfinanzierungen, etwa im Baubereich, im Anlagebau, und bei großen Konsortialfinanzierungen haben wir deutliche Probleme im Hinblick auf Volumina und Laufzeiten. Besonders hier war der Rückzug ausländischer Banken deutlich zu spüren.

Insofern ist zu begrüßen, dass Anfang Dezember Bundesregierung und Vertreter der Kreditwirtschaft nach Möglichkeiten gesucht haben, die Situation zu verbessern. Ich will vier Punkte hervorheben:

- In einer fragilen Phase wirtschaftlicher Erholung dürfen die Eigenkapitalanforderungen für die Kreditinstitute bis auf weiteres nicht angehoben werden.
- Bei der Kreditvergabe darf ein Unternehmen von seiner Bank nicht allein wegen eines schwachen Branchenratings abgeurteilt werden; jeder Kreditwunsch ist ergebnisoffen und individuell zu prüfen.
- Für ein Firmenrating sollten nicht nur Bilanzkennziffern der letzten drei, sondern der letzten fünf Jahre berücksichtigt werden, damit das ungewöhnliche Krisenjahr kein zu starkes Gewicht erhält.
- Die Haftungsfreistellung für KfW-Mittel bei Betriebsmittelfinanzierungen sollten weiter angehoben werden; dies eröffnet neue Finanzierungsspielräume bei den Kreditinstituten, die im beginnenden Aufschwung für die Beschaffung von Betriebsmitteln für Vorleistungen und Material benötigt werden.

Wir begrüßen auch das seit einigen Wochen diskutierte Konzept einer sogenannten Kreditmediation. Hier bietet die IHK ihre Erfahrung an. Bei Unternehmen, die in Liquiditätsschwierigkeiten stecken, sitzen bereits heute Mitarbeiter der IHK mit dem betroffenen Unternehmen und den Banken gemeinsam am Runden Tisch, um die Probleme zu lösen. Allein im zurückliegenden Jahr waren wir in fast 120 Verfahren zum Runden Tisch engagiert. Außerdem berät die IHK Unternehmen vor einem Bankgespräch oder hilft, Bürgschaften zu vermitteln. Wir bieten an, unser Know-how auch in ein Modell der Kreditmediation einzubringen. Wir können sofort beginnen und müssen nicht erst eine Büroinfrastruktur aufbauen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich noch ein paar grundsätzliche Worte zu diesem Thema sagen:

Natürlich kann man jetzt nicht die Banken zu dem auffordern, das den Vorwurf der Mitverursachung der Krise begründet hat, nämlich eine permissive Kreditpolitik zu betreiben. Es geht immer nur um das, was im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Möglichen und des handwerklich Gebotenen vertretbar ist. Es geht aber nicht nur um das „Ob“, es geht auch um das „Wie“. Man kann einen Kreditantrag durchs Raster laufen lassen, man kann diesen aber auch so ausgestalten, dass das Risiko abschätzbar bleibt. Es ist auch eine Frage des Dialogs und der Tonlage mit dem Kunden. Das ist in diesen Zeiten auch eine Aufgabe der Führung und damit der Vorstände; der Apparat kann und darf in solchen Zeiten nicht immer das letzte Wort haben.

Richtig ist aber auch, dass die deutschen Unternehmen bis hin in den Mittelstand sich in den zurückliegenden 10 Jahren vom Hausbankprinzip gelöst haben und gewissermaßen zu flottierenden Kunden geworden sind. Und natürlich kann eine Bank einen Kunden auch in schwierigen Zeiten dann sehr viel konstruktiver und effektiver begleiten, wenn es diesen in seiner Genesis, in seiner gesamten Vielfalt der wirtschaftlichen Aktivität und der Kundenbeziehungen überschauen und beurteilen kann. Insofern müssen beide Seiten, die Banken und die Kunden, auch aus der Krise lernen und über ein anderes Verhalten nachdenken.

Meine Damen und Herren,

für die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Erholung wird entscheidend sein, ob es der Politik gelingt, das exorbitant gestiegene Staatsdefizit wieder zurückzuführen. Und das darf nicht auf unbestimmte Zeit verschoben werden, die Signale müssen jetzt kommen.

Wir sind der Überzeugung, dass staatliche Ausgabendisziplin mittelfristig Priorität hat. Wir wissen aber auch, dass Steuersenkungen mit stärkerem Wachstum und sogar höheren Staatseinnahmen Hand in Hand gehen können: Wenn die Entlastungswirkungen an den gesamtwirtschaftlich richtigen Hebeln ansetzen.

Es braucht also eine Strategie des „Sowohl als Auch“. Das Wachstum auf der Ausgabenseite muss allein deshalb deutlich abgebremst werden, weil sonst die Finanzierung des öffentlichen Defizits die Alimentierungsfähigkeit der Märkte zu Lasten des Unternehmenssektors überfordern und einen selbsttragenden Aufschwung deutlich gefährden würde.

Was die Zumutbarkeit und Akzeptanz der damit verbundenen Einschnitte betrifft, ist das Verständnis der Bürger wahrscheinlich größer als die Politik gemeinhin unterstellen will. Es wird Richtungsgebung erwartet. Vertrauen in die Zukunft hat auch etwas mit Klarheit, Wahrheit und Berechenbarkeit zu tun. Das gilt auch für die aktuelle Steuerdiskussion.

Es wird gestritten, ob man sich angesichts des Defizits eine Steuersenkung leisten könne. Die Antwort ist einfach: Es kommt darauf an, ob die Steuersenkung auf der Angebots- oder Nachfrageseite ansetzt, ob sie also Anreize setzt zur Erhöhung der Wirtschaftsleistung oder nur für den Konsum. Erhöhte Kinderfreibeträge, so sehr ich sie den Familien auch gönne, erhöhen kaum die gesamtwirtschaftliche Leistung. Eine Reduzierung von hohen Grenzsteuersätzen, der Abbau des sog. Mittelstandsbauches im progressiven Steuertarif und ein insgesamt vereinfachtes Steuersystem führen jedoch zu höherer gesamtwirtschaftlicher Leistung und – im nächsten Schritt – zu höheren Steuereinnahmen.

Den Beweis, dass die Doppel-Strategie aus Ausgabenrückführung und Steuersenkung aufgeht lieferte die Finanzpolitik in den 1980er Jahren. Durch Ausgabendisziplin wurde die Staatsquote von 1982 bis 1989 von 47,5 auf 43,1 Prozent zurückgeführt; die in Stufen umgesetzte Steuersenkung sorgte für mehr Wachstum. Wer das als Voodoo-Ökonomie diskreditiert, leugnet die positiven Erfahrungen im eigenen Land.

Meine Damen und Herren,

mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz korrigiert die Bundesregierung einige Mängel der Unternehmensteuerreform, schafft aber auch neue Ungereimtheiten.

Erfreulich ist, dass die gewerbsteuerlichen Hinzurechnungen bei Immobilienmieten abgesenkt und die für Unternehmen ungünstigen Wirkungen von Mantelkauf und Zinsschranke abgeschwächt wurden. Viel besser wäre es aber, auf die Besteuerung von Kosten – und Leasingraten und Mieten sind nun mal Kosten – zu verzichten. Das muss auf die Agenda der im Koalitionsvertrag geplanten Reformkommission „Gemeindefinanzen“ – und noch mehr: Die Gewerbesteuer ist zu volatil und wird nur von wenigen Unternehmen und Unternehmern einer Kommune gezahlt. Sie sollte von einer neuen Gemeindesteuer abgelöst werden, die von allen Wirtschaftssubjekten, die von der Infrastruktur einer Kommune profitieren, gezahlt wird. Der Handlungsbedarf ist in den zurückliegenden Wochen durch die erheblichen Rückgänge der gemeindlichen Einkommen deutlich geworden.

Lassen Sie mich hinzufügen: Es besteht auch auf der kommunalen Ausgabenseite Handlungsbedarf: Die Kommunen tragen nach wie vor wesentliche Lasten aus den vom Bund und den Ländern beschlossenen Leistungsgesetzen, insbesondere bei den Sozialausgaben. Finanzwirtschaftlich handlungsfähige Kommunen sind aber nicht nur wichtig als Wegbegleiter der unternehmerischen Wirtschaft, sie sind auch der Garant für demokratische Selbstverwaltung vor Ort und in der Region.

Meine Damen und Herren,

Die angestrebten, wenn auch noch vage formulierten Zielvorstellungen in der Kranken- und Pflegeversicherung unterstützen wir. Die jüngste Reform mit dem Gesundheitsfonds war – wie viele Gesundheitsreformen zuvor – ein Fehlschlag. Auch mit dem Gesundheitsfonds war das Versprechen der Kostendämpfung verbunden; wieder einmal ist das Gegenteil eingetreten. Man muss fragen: Wie viele sogenannte Reformen, in denen Versprechen

und Ergebnis sich ein ums andere Mal widersprechen, brauchen wir noch, bevor wir erkennen, dass staatlicher Dirigismus auch im Gesundheitswesen die Effizienz nicht erhöht und die Kosten nicht senkt?

Elemente der Kapitaldeckung sind sowohl in der Kranken- wie Pflegeversicherung unausweichlich. Ohne mehr Wahlfreiheit, also Eigenverantwortung, kann die Krankenversicherung auch nicht demografiefest gemacht werden. Je länger wir an hundertprozentiger Umlagefinanzierung, starren Leistungskatalogen und einkommensabhängigen Abgaben festhalten, desto schmerzhafter wird angesichts der demografischen Entwicklung ein Umschwenken auf ein zukunftsfähiges System der Krankenversicherung sein.

Meine Damen und Herren,

die Bundesregierung hat den Kinderfreibetrag und das Kindergeld angehoben, was den Haushalt mit ungefähr 4,5 Mrd. Euro belastet. Dies mag populär sein, zielführend ist es nicht. Zielgerichteter wäre der Einsatz dieser knappen Steuermittel für eine bessere Kinderbetreuung. Wir können es uns nicht leisten, dass hochqualifizierte Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen und ihre Steuerkraft dem Staat verloren geht, nur weil nicht genügend Betreuungsplätze vorhanden sind.

Die Kinderbetreuung hat freilich nicht in erster Linie den Zweck der besseren Vereinbarkeit von Kindern und Beruf. Kinderbetreuung bedeutet in erster Linie ein Beitrag zur Erziehung. Und angesichts des sehr heterogenen Hintergrunds der Eltern wird es wichtiger, schon im Kindergarten die Schreib- und Lesekompetenz zu fördern. Die IHK Hannover fordert deshalb ein obligatorisches Kindergartenjahr vor der Einschulung. Auf diese Weise

können mögliche Defizite bei Kindern rechtzeitig behoben werden und die Erstklässler einigermaßen gleiche Startchancen in der Grundschule erhalten.

Meine Damen und Herren,

die Zahl der neueingetragenen Ausbildungsverträge in unserer IHK war im Vergleich zum Vorjahr nur leicht rückläufig; zum Teil lag das an der geringeren Zahl der Schulabsolventen. Mit 10.176 abgeschlossenen Ausbildungsverträgen sind wir noch auf dem hohen Stand von 2007.

Meinen herzlichen Dank an die Unternehmen verbinde ich mit der Bitte, auch weiterhin auf diesem hohen Niveau auszubilden. Vor allem mit dem doppelten Abiturientenjahrgang im kommenden Jahr bietet sich Ihnen in Kürze die Gelegenheit, eine Vielzahl hochqualifizierter Schulabgänger als Auszubildende zu gewinnen.

Seit Jahren stellen wir fest, dass es für die Unternehmen immer schwieriger wird, geeignete Jugendliche zu finden, weil sich die Ausbildungsreife der Bewerber in den letzten Jahren immer weiter verschlechtert hat. Ohne solide Rechen-, Schreib- und Lesekenntnisse sowie die Leistungsbereitschaft der Jugendlichen können Unternehmen nicht ausbilden. Die Vermittlung solcher Qualifikationen sehen wir nicht als Reparaturaufgabe der Unternehmen an. Hier sind Eltern, Bildungspolitik und Schulen gefordert!

Wir sind in die von der Landesregierung initiierte Qualifizierungsoffensive aktiv eingebunden. Die frühzeitige Orientierung der Schülerinnen und Schüler hin zu gewerblichen Berufen und technischen Studiengängen wird sich auszahlen. Einen Weg stellt das Neustädter Schulmodell dar, bei dem allgemein bildende und berufsbildende Schulen zusammenarbeiten. Und mit der IdeenExpo haben wir im vergangenen Jahr und zum zweiten Mal bei Kindern und Jugendlichen Faszination und Begeisterung für Technik

geweckt und damit Interesse an gewerblich-technischen Berufe und naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen. Die IHK hat auch in 2009 die IdeenExpo als Gesellschafter finanziell und konzeptionell gefördert und sich als Aussteller beteiligt. Die hohen Besucherzahlen und die engagierte Beteiligung an den vielen einzelnen Projekten auf der Ideenexpo sind kein Zufall. Sie zeigen vielmehr, wie empfänglich und wie neugierig unsere Jugendlichen sind, wenn es um Technik geht.

Meine Damen und Herren,

um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken, wurde in der Qualifizierungsoffensive auch beschlossen, die Unterrichtsversorgung insbesondere in Fächern wie Physik und Mathematik zu verbessern. Auf den bestehenden Lehrkräftebedarf in den Fächern Mathematik, Technik, Naturwissenschaften und Informatik reagiert die Landesregierung mit umfangreichen Sondermaßnahmen, insbesondere mit zusätzlichen Studienplätzen für angehende Lehrer. Wir sind sicher, dass die Maßnahmen Früchte tragen werden.

Meine Damen und Herren,

zum Schluss möchte ich ein Thema ansprechen, das die IHK-Mitglieder unter Ihnen freuen wird. Sie wissen, dass die IHK Hannover seit Jahren die mit Abstand niedrigsten Beiträge in ganz Deutschland erhebt, und dies bei gleichzeitig hoher Servicequalität.

Für das Beitragsjahr 2009 setzen wir nun ein bundesweit einzigartiges Modell zur Beitragsrückgewähr um. Damit haben wir einen einfachen Mechanismus geschaffen und machen das Finanzgebaren der IHK transparenter und glaubwürdig: Jeder Euro an Beitrag, der über den vorab

von der Vollversammlung festgelegten Bedarf eingenommen wird, geht an die Mitglieder zurück. Vor fünf Wochen hat die Vollversammlung entschieden, dass für das Jahr 2009 eine Beitragsrückgewähr in Höhe von insgesamt 1,25 Millionen Euro oder 12,5 Prozent erfolgen soll. Wir werden den auf Ihr Unternehmen entfallenden Anteil an dieser Summe ihrem Beitragskonto gutschreiben und bei der Beitragsveranlagung in diesem Frühjahr verrechnen. Keine andere IHK in Deutschland hat bisher einen solchen innovativen und mitgliederorientierten Schritt getan. Wir hoffen auf Nachahmer, weil Transparenz am Finanzgebaren die Glaubwürdigkeit stärkt.

Herr Ministerpräsident, Sie haben jetzt das Wort!